

Heute mit  
**STELLENMARKT**

# NEUE OBWALDNER ZEITUNG



**Echt** Die Thailänderin Vanessa Huynh bietet am Samstag in Schoried neu Küche aus ihrer Heimat an. **21**

**GARAGE & CARROSSERIE**  
**BIENZ**  
GISWIL 041 675 12 15

**MATRATZEN**  
T R E N D  
6370 STANS · Riedematt 1 · Tel. 041 618 05 97

## Vieles ändert sich bei den Tarifen

**OB-/NIDWALDEN** map. Der Zonenplan wird auf den Fahrplanwechsel vom kommenden Dezember umgekrempelt. Das hat auch Folgen für die Kantone Obwalden und Nidwalden, die dem Verbund angehören. So zahlen die Lungerer massiv mehr für das Abo nach Luzern. Die Strecke Stans-Luzern und umgekehrt beispielsweise wird dafür günstiger. «Bei Systemänderungen an Zonen gibt es immer Preissprünge», erklärt Christoph Zurflüh, Sprecher des Tarifverbundes. Neu ist der ganze Nidwaldner Talboden mit einer Zone befahrbar, einzig Beckenried, Emmetten und Wolfenschiessen sind nicht in der gleichen Zone drin. Zudem wurden neu die Tourismusdestinationen Langis und Mörlialp/Panoramastrecke in den Tarifverbund Passepartout integriert.

20

## Talfahrt an den Börsen hält an

**AKTIENMARKT** red. Der Schweizer Aktienmarkt notierte gestern wiederum in der Verlustzone. Die Unsicherheit an den Handelsplätzen überall auf der Welt ist ungebrochen, geschürt von weiteren negativen Makrodaten aus der Eurozone, die am Vormittag publiziert wurden. Mittlerweile haben auch grosse Schweizer Werte – sogenannte Blue Chips – deutlich an Wert verloren. Nestlé präsentierte gestern leicht unter den Prognosen liegende Drittquartalszahlen. Die Aktie verlor bis Börsenschluss knapp 3 Prozent. Laut Ökonom und Marktkenner Maurice Pedergnana geben die Aktien nur vorübergehend nach. Er sieht die Kurse von ausgewählten Schweizer Firmen nun auf einem günstigen Kaufniveau. Dazu zählt der Hochschuldozent auch die Titel der Urner Firma Dätwyler.

12

## «Fortschritte» bei Verhandlungen

**BRÜSSEL** red. In den Verhandlungen über ein institutionelles Rahmenabkommen sind gemäss den Verhandlungsführern der Schweiz und der EU «grosse Fortschritte» erzielt worden. Trotzdem gebe es noch einiges zu tun, sagte der Schweizer Chefdiplomat Yves Rossier nach einem Treffen in Brüssel. Zurzeit arbeiteten die Schweiz und die EU an einem gemeinsamen juristischen Text, hiess es weiter. Man brauche dafür aber noch etwas Zeit, sagte Rossier. EU-Chefdiplomat David O'Sullivan sprach dabei von einigen Monaten. Es gehe nun darum, die richtigen «Formulierungen zu finden».

Es war der letzte Verhandlungstag mit O'Sullivan. Dieser wird EU-Botschafter in den USA und in seiner jetzigen Position durch einen Polen ersetzt.

5

# Bundesgericht will Standort Luzern aufgeben

**JUSTIZ** Zehn Richter fällen am Schweizerhofquai Entscheidung zu sozialrechtlichen Fragen. Geht es nach dem Bundesgericht, machen sie dies künftig in Lausanne.

kä. Für das Bundesgericht ist die Distanz zwischen der Abteilung in Luzern und dem Hauptsitz in Lausanne zu gross. Gerichtspräsident Gilbert Kolly (CVP) informierte deshalb alle Angestellten via E-Mail, dass das Bundesgericht den Standort Luzern mit den beiden sozialrechtlichen Abteilungen und rund 80 Mitarbeitern aufgeben und nach Lausanne zügeln will. «Zwei Standorte, die drei Reisetunden auseinanderliegen, erschweren die Aktivitäten des Bundesgerichts, ohne im Gegenzug einen massgeblichen Vorteil zu bringen», sagt Kolly. Die Zusammenführung von Luzern und Lausanne sei ein längerfristiges Ziel. In absehbarer Zeit werde sich für die



**«Es gibt keinen sachlichen Grund, den Standort Luzern aufzugeben.»**

HANS HESS,  
STÄNDERAT FDP, OBWALDEN

Mitarbeiter in Luzern nichts ändern. Gemäss Recherchen unserer Zeitung dürfte es mindestens zehn Jahre dauern, bis die Züglete vollzogen werden kann.

### Parlament hat letztes Wort

Ob es so weit kommt, ist jedoch fraglich. Das letzte Wort hat das Parlament. Und Zentralschweizer Politiker von links bis rechts kündigen Widerstand gegen die Fusionspläne des Bundesgerichts an. «Es gibt keinen sachlichen Grund, den Standort Luzern aufzugeben und ihn in Lausanne zu integrieren», sagt zum Beispiel der Obwaldner FDP-Ständerat Hans Hess, der Mitglied der parlamentarischen Gerichtskommission ist.

Der Luzerner CVP-Ständerat Konrad Graber wird sich ebenso gegen einen Wegzug wehren. Auch die Nationalräte Pirmin Schwander (SVP, Schwyz), Louis Schelbert (Grüne, Luzern) und Prisca Birrer Heimo (SP, Luzern) gewinnen den Ideen des Bundesgerichts nichts Positives ab. Im Zeitalter von Videokonferenzen und E-Mail steche das Argument mit der räumlichen Distanz kaum mehr.

**Kommentar 5. Spalte**

3

## KOMMENTAR

### Falsches Signal

**D**ie Bundesrichter wollen ihren Standort am Schweizerhofquai in der Stadt Luzern aufgeben und nach Lausanne verlegen. Zwei Standorte, die drei Reisetunden auseinanderliegen, würden die Aktivitäten des Gerichts erschweren, ohne massgebliche Vorteile zu bringen. So ihre Argumentation.

Wenn auch eine Zentralisierung gewisse Vorteile im Ablauf bringen könnte, muss man doch grosse Fragezeichen hinter den Wunsch setzen. Zuerst aus praktikablen Gründen: So ist bekannt, dass die Räumlichkeiten in Lausanne bereits heute an ihre Grenzen stossen. Wenn die rund 80 Mitarbeiter der zwei sozialrechtlichen Abteilungen in Luzern noch dazukämen, müsste man auch in Lausanne auf einen zweiten Standort ausweichen. Womit der gewünschte Vorteil der direkten Kommunikation bereits wieder dahin wäre. Moderne Kommunikationsmittel verbinden heute schon Luzern und Lausanne.

Zudem stehen die Zeichen eher auf Dezentralisierung. 2004 eröffnete das Bundesstrafgericht in Bellinzona und 2012 das Bundesverwaltungsgericht in St. Gallen. Es ist deshalb widersprüchlich, nur wenige Jahre später das Steuer bereits wieder herumzureissen.

Man darf aber auch den Respekt der Bundesrichter vor Tradition und Föderalismus in Frage stellen. Die Wahl der neuen Standorte in Bellinzona und St. Gallen waren auch explizite Bekenntnisse zum Föderalismus und wurden im Tessin und in der Ostschweiz auch so verstanden. Es wäre ein äusserst fragwürdiges Signal nach Luzern und in die gesamte Zentralschweiz, wenn man das ehemalige Eidgenössische Versicherungsgericht als Vertreter des Bundesstaats nach fast 100 Jahren abziehen würde.

LUKAS SCHARPF  
lukas.scharpf@luzernerzeitung.ch



## Alles dreht sich ums Essen

Wie ernähren wir uns in der Zukunft? An der Academia Engelberg steht noch bis heute das Thema Nahrungssicherheit im Zentrum. Am gut besuchten Podium (Bild) diskutierten am Mittwochabend vier Fachleute – auch darüber, was sie im Jahr 2050 auf dem Teller haben werden. Bild Thomas Studhalter/PD

23

## ANZEIGE

**196 Mio. im Jackpot!**



**Verlosung auf Seite 4**



## INHALT

Agenda	33	Ratgeber	28	TV/Radio	14
Forum	10/32	Rätsel	32	Wetter	28
Kultur	9	Todesanzeigen	26	Zentralschweiz	25